

Nr. 01/11

* Deutschland 2020

Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt

Arbeitsprogramm der SPD-Bundestagsfraktion

Fraktionsklausur am 13./14. Januar 2011 in Magdeburg

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: PLANUNGSGRUPPE
GESTALTUNG: ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: (030) 227-57133
TELEFAX: (030) 227-56800

WWW.SPDFRAKTION.DE

ERSCHIENEN IM JANUAR 2011

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Weichen stellen

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



Die SPD-Bundestagsfraktion beginnt das Jahr 2011 mit einer Zäsur. 2010 war das Jahr unserer Feuerprobe in der Opposition. Die haben wir bestanden: Unsere Attacken auf die Fehler und Fehlleistungen der schwarz-gelben Bundesregierung haben getroffen. Union und FDP haben massiv an Vertrauen verloren.

2011 wird das Jahr einer neuen Profilierung der SPD. Wir haben uns vorgenommen, unsere sozialdemokratischen Alternativen zu Schwarz-Gelb noch stärker ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken und die Menschen von unseren Positionen zu überzeugen.

Mit unserer Klausursitzung in Magdeburg sind wir erfolgreich ins neue Jahr gestartet. Unter dem Titel „Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ haben wir ein ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgelegt. Es beschreibt zentrale Zukunftsfragen, zu denen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten politische

sche Vorschläge und tragfähige Lösungsansätze entwickeln und zur Diskussion stellen wollen.

Es geht uns dabei um ein Politikkonzept, das den Weg bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt. Den Weg einer Gesellschaft, die unter völlig veränderten Bedingungen ihren sozialen Zusammenhalt bewahren will und dabei nicht Transfergesellschaft wird, sondern Arbeitsgesellschaft bleibt. Unser Leitbild ist eine neue Idee von Fortschritt, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet.

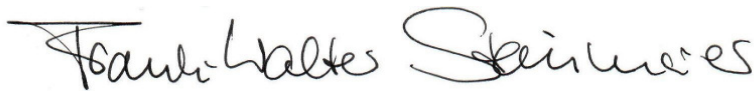
Wir sind überzeugt, dass unser Land erstmals seit Jahrzehnten wieder die historische Chance hat, in den nächsten Jahren Vollbeschäftigung zu erreichen. Das bleibt unser Ziel: Die Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen. Deutschland braucht eine Vollbeschäftigungsstrategie.

Bei unserer Klausursitzung in Magdeburg haben wir uns eine Reihe von konkreten Projekten für die kommenden Monate vorgenommen. Wir werden ein Investitionskonzept für einen neuen Infrastrukturkonsens in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation erarbeiten. Wir werden konkrete Forderungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben vorlegen. Wir werden ein Konzept für eine Qualitätsoffensive Ganztagschule entwickeln, das nicht nur beschreibt, wie wir die Zahl der Ganztagschulen erhöhen, sondern auch, wie wir Schule qualitativ weiterentwickeln und zu einem gesellschaftlichen Ort machen können.

Wir werden ein Steuer- und Abgabekonzept vorlegen, das für eine gerechte Lastenverteilung und einen nachhaltigen Staatshaushalt sorgt und die Finanzierung von Zukunftsaufgaben sichert. Wir werden ein Konzept für ein gelingendes „Miteinander der Generationen“ erarbeiten, das sich über die „Bürgerversicherung Pflege“ hinaus mit der Frage beschäftigt, welche Angebote Pflegende und Pflegebedürftige brauchen und wie wir eine gute und barrierefreie soziale Infrastruktur vor Ort sicherstellen können. Und wir werden weiter für eine neue Ordnung für gute Arbeit und für den Mindestlohn kämpfen, um das unbefristete, sozial abgesicherte und ordentlich bezahlte Normalarbeitsverhältnis zu stärken.

„Deutschland 2020“ – das kann ein Land mit Vollbeschäftigung in guter, qualifizierter Arbeit sein, wo nicht mehr Millionen von Menschen in den Niedriglohnsektor gedrängt und mit ergänzender Sozialhilfe abgespeist werden. Es kann ein Land sein, das den Wohlstand nicht als blinde Renditejagd auf Kosten von Beschäftigten und Verbrauchern, sondern als ein nachhaltiges Wachstumsmodell begreift, das in der Industrie Effizienztechnologie und Erneuerbare Energien zum Durchbruch bringt. Ein Land, in dem kreative Leistungen von Selbstständigen in Medien, Kultur und Wissenschaft nicht mehr zu Dumpinghonoraren ausgebeutet, sondern angemessen vergütet werden. Ein Land, in dem jedes Kind, dessen Eltern es wollen, einen Platz in einer hochwertigen Ganztagschule findet. Ein Land, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt leben und arbeiten und gleiche Chancen im Beruf finden. Von diesen Ideen lassen wir uns leiten. Diesen Weg wollen wir einschlagen. Dafür wollen wir die Weichen stellen.

Opposition ist Regierung im Wartestand. Wir bereiten uns als größte Oppositionsfraktion auf die Übernahme der Regierungsverantwortung 2013 vor.



Dr. Frank-Walter Steinmeier

VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

.....

I. Unser Land heute

Krisenbewältigung und Aufschwung 2010

Die Erschütterungen des Weltwirtschaftssystems durch die Bankenkrise waren ein Weckruf. Die Gefahren regelloser Finanzmärkte und zügelloser Finanzhasardeure wurden lange unterschätzt. Dennoch ist Deutschland stabiler als andere Länder durch den schärfsten Konjunktureinbruch der Nachkriegszeit gekommen. Ein Jahrzehnt der Strukturreformen, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, eine gestärkte Industriebasis und Erfolge bei der Konsolidierung öffentlicher Haushalte zahlten sich nun aus. In den Krisenjahren 2008 und 2009 wurden nicht nur Banken gerettet. Unser Land hatte die Kraft zu einer aktiven Konjunkturpolitik, die Arbeitsplätze erhielt, Nachfrage für die Industrie und Investitionen in den Kommunen in Gang setzte. Instrumente wie die Kurzarbeit, das kommunale Investitionsprogramm, aber auch die umstrittene Abwrackprämie hatten durchschlagenden Erfolg. Seit Sommer 2009 entwickelt sich eine konjunkturelle Erholung, die 2010 zu einem Wachstum von deutlich über 3 Prozent und in 2011 zu einer Arbeitslosigkeit unter 3 Millionen führen wird.

Die Aufgabe: Die Spaltung verhindern. Die Mitte stärken.

Doch die Krise ist mehr als ein Konjunktureinbruch. Die Antwort darauf muss mehr sein als ein Konjunkturprogramm. Die Lehre ist, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Lohnneinbußen, Arbeitsplatzunsicherheit und Steuern einen weit höheren Preis bezahlen als Anleger großer Vermögen, dass hohe Einkommen weit mehr vom Aufschwung profitieren als Geringverdiener, dass der Staat und die Kommunen nicht verarmen dürfen, um für Gerechtigkeit sorgen zu können. Bei der Frage, wer die Kosten der Krisen zahlt, tut sich ein Riss in der Gesellschaft auf. Die schwarz-gelbe Koalition verschärft diese Gefährdung des Zusammenhalts. Die Lastenverteilung ist ungerecht. Das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung und die Demokratie sinkt. Studien des DIW belegen, dass die Mittelschicht schrumpft. Zugleich nehmen Populismus, antieuropäische Stimmungsmache und Fremdenfeindlichkeit zu. Der Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer spricht von einem „eisigen Jargon der Verachtung“ von Minderheiten.

Keine Klassen- und Klientelpolitik

Wir müssen uns wehren gegen die Spaltung der Gesellschaft durch eine schwarz-gelbe Politik der Steuerprivilegien für wenige. Das Umsatzsteuerprivileg für Hoteliers fiel besonders auf. Doch dass ausgerechnet die Finanzindustrie auf den Handel mit Finanzprodukten keine Umsatzsteuer zahlen muss, hat weit größere Auswirkungen; die Finanztransaktionssteuer aber wird von Schwarz-Gelb blockiert. Mehr noch, die Begünstigung von Besserverdienern, von vermögenden Erben, von Unternehmen, die ihre Steuerpflicht durch Gewinnverlagerungen umgehen, macht den Staat zur Beute von mächtigen Lobbygruppen. Die Begünstigung der privaten gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung, der Ausstieg der Arbeitgeber aus der Kostenentwicklung für Gesundheit, die Kopfpauschale und das System der Vorkasse beim Arzt führen in die Dreiklassenmedizin.

Keine Gesellschaft der Bittsteller und Almosenempfänger

Wir müssen uns wehren gegen die Spaltung der Gesellschaft durch Ausweitung von Niedriglöhnen, Hinzuverdiensten und ergänzenden Sozialtransfers. Schwarz-Gelb verweigert den gesetzlichen Mindestlohn und lässt den Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit als moderne Form der Tagelöhnerie weiter zu. 6,55 Millionen Menschen, gut 20 Prozent der Beschäftigten, hängen im Niedriglohnsektor fest. Von den befristet Beschäftigten sind es nahezu 40 Prozent. Überdurchschnittlich trifft es Frauen. 1,2 Millionen abhängig Beschäftigte, davon 32 Prozent in Vollzeitbeschäftigung, bezogen 2009 ergänzende Transferzahlungen des Staates. Die Aufstockung von Löhnen, die nicht zum Leben reichen, kostet den Staat 11 Mrd. Euro jährlich. Schwarz-Gelb aber will die Zahl der Transferempfänger noch ausweiten. Die Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitssystem droht viele Arbeitnehmer und Rentner in die Bedürftigkeit zu führen.

Kein Ausschluss und kein sozialer Absturz

Nicht nur der Missbrauch von Praktikantinnen und Praktikanten als billige Arbeitskraft auf Zeit spaltet die Arbeitswelt. Fast die Hälfte aller Neueinstellungen findet nur noch befristet statt. Betroffen sind auch immer mehr junge Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die beim Berufseinstieg nur noch einen befristeten Arbeitsvertrag bekommen. Es gibt Unternehmen, die jungen Akademikerinnen und Akademikern überhaupt keinen regulären Arbeitsvertrag mehr anbieten. Wer so beginnen muss, dessen Leben bleibt lange in Ungewissheit hängen. Die drückende Sorge, trotz exzellenter Leistungen ausgeschlossen zu bleiben, verbindet sich schließlich mit der Angst, bei zunehmendem Alter sozial abzustürzen. Doch Vollbeschäftigung muss nicht Prekarisierung heißen. Steigende Beschäftigung muss nicht in immer größerem Maße in Befristungen und erzwungenen Teilzeitarbeitsplätzen bestehen. Abwanderung von gut Ausgebildeten und Mangel an Fachkräften sind Warnzeichen, dass wir eine neue Ordnung für Arbeit brauchen. Die Arbeitswelt von morgen wird durch Qualität geprägt. Qualitätsarbeit ‚Made in Germany‘ erfordert gute Arbeitsbedingungen. Arbeitslosigkeit wirklich besiegen, heißt Wege öffnen für Einstieg und Aufstieg, mit leistungsgerechten Löhnen, damit Arbeit sich lohnt. Arbeit muss wieder Hoffnung geben auf ein besseres Leben.

Keine ökologische Spaltung

Die ökologische Frage braucht eine soziale Antwort. Denn die enormen Investitionen in die Modernisierung der Energieproduktion und -verteilung, in die Effizienz des Verbrauchs, in die Sanierung von Gebäuden und in den Umbau der Mobilität müssen gemeinschaftlich getragen werden. Steigende Energiepreise geben die richtigen Effizienzsignale, dürfen aber Haushalte mit geringem Einkommen nicht überfordern. Risiken dürfen nicht einfach privatisiert werden. Öko-Renditen dürfen nicht wenigen, sie müssen allen zugute kommen. Wir brauchen einen sozial-ökologischen Lastenausgleich. Denn eine ökologisch gesplante Gesellschaft, in der nur

ein Teil der Bevölkerung sich nachhaltigen Verbrauch leisten kann, wird die Energiewende nicht schaffen.

Eine Gesellschaft ohne zerfallende Kommunen

Wir müssen uns wehren gegen die Spaltung unser Städte in Einwanderer und Etablierte, in Ausgeschlossene, die in verwahrlosten Bezirken mit hoher Kriminalität leben, und Aufsteiger, die sich in ihre eigenen geschlossenen und bewachten Viertel zurückziehen. Kulturelle Konflikte haben oft eine soziale Wurzel. Angst folgt oft der Unkenntnis und der Sprachlosigkeit im Umgang miteinander.

In jedem Fall aber gelingen Dialog und Toleranz besser, wenn wir eine gemeinsame Sprache sprechen, wenn starke Kommunen den öffentlichen Raum in den Wohnquartieren sicher und offen halten, wenn gute Schulen gleiche Bildungschancen und wenn gute Arbeitsplätze ein sicheres Leben ermöglichen.

Fortschritt heißt: die Zukunft gemeinsam gestalten

Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Unser Land steht vor immensen Aufgaben, aber es hat nicht minder große Chancen. Zu unseren größten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräften gehört eine selbstbewusste Mitte der Gesellschaft. Eine Arbeitnehmermitte, die von ihrer Arbeit leben kann. Eine Mehrheit von solidarisch empfindenden Bürgerinnen und Bürgern, die Risiken gemeinsam schultern und die Zukunft gemeinsam gestalten. Diese Mitte müssen wir sichern. Diese Mitte müssen wir stärken. Dafür brauchen wir eine neue Idee von Fortschritt. Er beinhaltet eine solidarische Gesellschaft, die individuelle Freiheit mit gemeinsamer Verantwortung für alle verbindet. Und in der wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt mit individuellem und sozialem Wohlstand, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe verbunden wird.

Sicherheit durch Solidarität

Unsicherheit und Zukunftssorge sind zu Grundemotionen unserer Zeit geworden. Wenn wir das Versprechen des Fortschritts auf ein besseres Leben wieder glaubhaft machen wollen, brauchen wir neue Sicherheiten in einer veränderten Welt. Risiken gemeinsam zu tragen, ist das Prinzip. Denn Solidarität schafft Sicherheit.

Teilhabe durch Leistung

Zweifelhaft ist vor allem geworden, was früher eine Gewissheit der sozialen Marktwirtschaft war: ‚Wenn ich mich anstrengte, kann ich etwas werden.‘ Bildung, Arbeit und sozialer Aufstieg waren die Generationenerfahrung derer, die in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Schule verließen. Heute strengen sich viele an und leisten viel, ohne den Einstieg in den Beruf zu schaffen, einen gesicherten Arbeitsplatz oder ein angemessenes Einkommen zu finden. Frauen machen die Erfahrung der „gläsernen Decke“, denn obwohl alle Wege offen

scheinen, bleibt ihnen auch mit größtem Engagement oft der Aufstieg blockiert. Leistung muss wieder zu gerechter Teilhabe führen.

Arbeit in Würde und Freiheit

Druck und Versagensangst in der Arbeitswelt haben massiv zugenommen. In der Industrie sind es hoch verdichtete Arbeitsabläufe, die zu psychischen Belastungen führen. Hinzu kommt die Bedrohung, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, indem ein schlechter bezahlter Neueinsteiger oder Leiharbeiter den Platz einnimmt. Ältere werden noch immer abgeschoben. Niedrige Löhne, geringes Prestige und Leistungsdruck prägen den Alltag in vielen Dienstleistungsberufen. Fremdbestimmung hat heute andere Formen als Stechuhr und Schichtdienst. Arbeitnehmer werden zu „Selbstständigen“, die, sozial kaum gesichert, ein Leben der pausenlosen Verfügbarkeit und Selbstausbeutung führen. Viele Menschen sehnen sich nach einer anderen Art zu arbeiten, einer Arbeit in Würde und Freiheit, vereinbar mit Kindern und Familie.

Fortschritt für mehr Lebensqualität

Fortschritt heißt, ein besseres Leben führen zu können. Ein Leben in Sicherheit, mit gleichen Chancen der Freiheit und der gerechten Teilhabe, in einer Gesellschaft, die nicht auseinander fällt und ihren Wohlstand ohne die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen erwirtschaftet. Dafür brauchen wir ein neues Wirtschaftsmodell. Wir haben im Deutschen Bundestag eine Fortschritts-Enquete eingesetzt, um neue Wege zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu finden. Diese Kommission hat unter anderem den Auftrag, einen neuen Fortschrittsindikator zu entwickeln, der breiter ansetzt und mehr aussagt als das Bruttoinlandsprodukt.

I. Fortschritt durch Gerechtigkeit

Eine Vollbeschäftigungsstrategie für Deutschland

Emanzipation durch Bildung und Arbeit – eine Vision

Fortschritt ist kein bloß technischer Begriff. Er umfasst für uns das politische Bekenntnis zu den Werten der Aufklärung. Freiheit ist der Dreh- und Angelpunkt jeder Politik, die in Aufklärung und Moderne wurzelt. Gleiche Freiheit allen Menschen zu ermöglichen, ohne Klassenprivilegien und ohne religiöse oder nationale Abgrenzungen, das ist der Wertekern der Sozialdemokratie. Daraus erwächst unsere Vision einer gerechten Gesellschaft. Uns leitet die Idee der Emanzipation des Menschen durch gleiche Bildungschancen und durch gute Arbeit.

Arbeitslosigkeit besiegen ist die Forderung des Jahrzehnts

Vollbeschäftigung gilt seit 30 Jahren als unerreichbar. Mit Arbeitslosenquoten um rund 7 Prozent heute und 6,2 Prozent in 2012 (OECD-Prognose, November 2010) rückt das Ziel, die Massenarbeitslosigkeit zu besiegen, erstmals wieder in greifbare Nähe. 30 Jahre Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit haben tiefe Spuren in unserem Land hinterlassen. Denn Arbeitslosigkeit heißt zerfallende gesellschaftliche Bindungen, enttäuschte Aufstiegshoffnungen, oft ein Leben mit verengtem Horizont und materiellen Sorgen. Wer arbeitslos ist und seinen Lebensunterhalt mit staatlicher Grundsicherung bestreiten muss, fühlt sich oft abhängig und marginalisiert zugleich. Die Botschaft an ihn ist, dass er nicht gebraucht wird. Millionenfache Arbeitslosigkeit hat die gesellschaftliche Aufbruchstimmung zerstört, mit der die Bundesrepublik in die 70er Jahre gestartet ist, und sie hat für die Ostdeutschen das Versprechen der inneren Einheit Deutschlands nach 1990 unglaublich werden lassen. Sie hat die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geschwächt, den Sozialstaat unter Druck gesetzt und die Finanzierungskrise der öffentlichen Hand beschleunigt. Heute ist der Arbeitsmarkt noch gespalten und zeigt die großen Probleme von Alleinerziehenden und von Menschen mit Betreuungsverpflichtungen, von Geringqualifizierten und von Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss, von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund, von Älteren und von Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit. Es gibt zudem eine erhebliche Schattenarbeitslosigkeit. Im vergangenen Jahrzehnt hat die SPD mit der Aufnahme erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger in die Arbeitsvermittlung die Statistik um Hunderttausende Erwerbslose ehrlicher gemacht. Doch auch heute beträgt bei einer Arbeitslosigkeit von rund 3 Millionen die tatsächliche Unterbeschäftigung mehr als 4 Millionen Menschen.

Zu beachten ist außerdem der Anstieg von „atypischen“ Arbeitsverhältnissen, geringfügiger Beschäftigung, Teilzeit, Befristung und Scheinselbständigkeit, die Arbeit in vielen Fällen prekär gemacht haben. Dennoch: Im vergangenen Jahrzehnt ist es gelungen, auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erhöhen und über Konjunkturzyklen hinweg selbst die Langzeitarbeitslosigkeit zu halbieren und auf unter eine Million zu senken. Arbeitslosigkeit zu besiegen, ist möglich geworden. Es ist die zentrale Herausforderung des vor uns liegenden Jahrzehnts, um unser Ziel einer gerechten Gesellschaft zu erreichen.

Eine Vollbeschäftigungsstrategie Deutschland 2020

Die SPD hat im Bundestagswahlkampf mit dem „Deutschlandplan“ als einzige politische Kraft eine Vollbeschäftigungsstrategie für unser Land vorgelegt. Wir haben gefragt, wo die Arbeit der Zukunft entsteht, und wir haben die Ansätze genannt, mit denen bis 2020 Millionen Arbeitsplätze in moderner Industrie und in neuen Dienstleistungen entstehen können. Wachstum, Bildung, Teilhabe, auf diesen Säulen steht unsere Politik für Arbeit. Wachstum in neuen Technologien und Beschäftigungsfeldern, Bildung und gerechte Teilhabe, damit die Menschen in Deutschland die Arbeit von morgen auch tun und davon leben können. Wir wollen klassische Stärken erneuern und den Produktionsstandort Deutschland mit Energie- und Rohstoffeffizienz in den neuen Innovationszyklus führen. Energie- und Ressourceneinsparung verbessert die Produktivität der Unternehmen und macht uns unabhängiger von globalen Rohstoffknappheiten und Spekulationen. Das betrifft die gesamte Breite der Grundstoffindustrien sowie des Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbaus. Erneuerbare Energien und neue Mobilitätstechnologien spielen eine wachsende Rolle. Effizienztechnologien benötigen zudem produktnahe IT-Lösungen, etwa bei der Mess- und Steuerungstechnik. Mit der ökologisch modernisierten Industrie entwickeln sich die unternehmensnahen Dienstleistungen. Auf diesem Wege kann Deutschland zum globalen Technologielieferanten des Klimaschutzes werden. Wir wollen zugleich traditionelle Schwächen Deutschlands überwinden und in der Binnenwirtschaft stärker wachsen, etwa durch steigende Löhne, durch höhere Investitionen der Kommunen, durch mehr Nachfrage im Feld der Gesundheitswirtschaft einschließlich der Dienstleistungen, die Menschen für Menschen erbringen. Diese Potenziale zu erschließen, heißt nicht nur, die Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu gestalten, sondern damit auch die ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit zu lösen. Wir halten Kurs und entwickeln unsere Politik für die Arbeit von morgen weiter.

Zehn Aufgaben für das kommende Jahrzehnt

Die Zukunft der Arbeit sichern wir mit der Arbeit der Zukunft. Sie kommt aber nicht von allein. Weder ist schon ausgemacht, welche Produktionskapazitäten in Deutschland bleiben, noch ist es selbstverständlich, dass die Arbeit von morgen von Fachkräften aus Deutschland getan werden kann. Auch der demografische Trend eines abnehmenden Arbeitskräfteangebots führt nicht von selbst zu Vollbeschäftigung. Die entscheidende Herausforderung liegt darin, Qualifizierungs-, Integrations-, Gleichstellungs-, Investitions-, Verteilungs- und Ordnungspolitik auf den Fokus einer Vollbeschäftigungsstrategie auszurichten und zu bündeln. Daraus ergeben sich 10 Aufgaben für das kommende Jahrzehnt.

.....

1. Mehr Investitionen zur Sicherung der Arbeit von morgen

Der Investitionsbedarf einer Modernisierung Deutschlands – Infrastrukturkonsens 2020

Die Modernisierung Deutschlands bedarf in den kommenden zehn Jahren eines enormen Investitionsvolumens: Bildungsinfrastruktur in Kitas, Schulen und Hochschulen, Netzinfrastruktur bei Energie und Kommunikation, bauliche Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur einschließlich von Knotenpunkten und Engstellen wie Bahnkreuzen, Flughäfen, Seehäfen, Brücken und Tunnelbauwerken, Innovationen in neuen Leittechnologien und Erneuerung industrieller Kapazitäten – Deutschland braucht einen Investitions- und Infrastrukturkonsens.

Private Investitionen

Wir brauchen mehr private Investitionen in Deutschland. Die Mittelstandsfinanzierung ist eine zentrale Aufgabe. Wir entwickeln Investitionsanreize einschließlich einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung für klein- und mittelständische Betriebe und eine Strategie für die gute Versorgung des Mittelstands mit Krediten. Für umfangreiche Investitionsprojekte von nationaler Bedeutung wie den Ausbau der Stromnetze brauchen wir die aktive Begleitung der Politik, auch um einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Der Ansatz öffentlich-privater Partnerschaften bei der Infrastrukturfinanzierung ist neu zu bewerten und fortzuentwickeln. Vertragsgestaltungen dürfen nicht zu Lasten öffentlicher Haushalte gehen. Die Gewährleistung des Gemeinwohls durch den Staat ist zu sichern. Mit neuem Vertrauen kann das Volumen von ÖPP erheblich wachsen.

Öffentliche Investitionen

Bund, Länder und Kommunen haben in den kommenden Jahren eine enorme Last an Investitionen in die Infrastruktur zu stemmen – von der sozialen Infrastruktur für Betreuung, Bildung oder Gesundheit über die Verkehrswege bis zur energetischen Sanierung. Zum Infrastrukturkonsens 2020 legen wir ein ehrliches Finanzierungskonzept vor, das Aufgaben, Kosten und notwendige staatliche Einnahmen zusammenführt.

.....

2. Steuern und Abgaben

Ein neuer Lastenausgleich

Die Einkommensverteilung in Deutschland ist in Schieflage, die Wohlstandsentwicklung ist gespalten. Höhere Einkommen hatten in den vergangenen Jahren starke Zuwächse. Geringe Einkommen hatten Reallohnverluste. Mittlere Einkommensgruppen kämpfen darum, ihren Lebensstandard halten zu können und Anschluss an den Aufschwung zu finden. Arbeitsplatz- und Einkommensrisiko sind in den Haushalten am größten, die über die geringsten finanziellen Reserven

verfügen. Hinzu kommen die besonderen Belastungen der Finanzkrise, Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit, staatliche Einsparungen, die Erwerbslose und Alleinerziehende besonders treffen. Steuerprivilegien nutzen vor allem Unternehmern, Erben und Gutverdienern, während die Arbeitnehmer*innen die Hauptlast staatlicher Aufgaben trägt und die unteren Einkommen überproportional von Sozialabgaben belastet sind. Wir stellen die Gerechtigkeitsfrage und fordern einen neuen Lastenausgleich für die Zukunft unseres Landes.

Entlastung unterer und mittlerer Einkommen

Wir arbeiten an einem Entlastungskonzept, das vordringlich die unteren und mittelfristig die mittleren Einkommen in den Blick nimmt. Vor allem wollen wir zügig das Strukturproblem angehen, dass Geringverdiener in normaler sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zwar keine oder kaum Steuern zahlen, aber im Verhältnis zu ihrem Bruttoverdienst überproportional hohe Abzüge durch Sozialversicherungsbeiträge leisten. Ihre Einkommen müssen sich spürbar verbessern. Sie brauchen daher, zusätzlich zu Mindestlöhnen und besseren Tariflöhnen, ohne Leistungseinbußen der Sozialversicherungen auch eine spürbare Abgabentlastung.

Staatliche Handlungsfähigkeit sichern

Am anderen Ende der Gesellschaft, wo hohe und höchste Einkommen realisiert werden, fordern wir mehr Solidarität und Verantwortung für den Zusammenhalt und das Gemeinwohl. Wir entwickeln ein steuerpolitisches Konzept, dass wirkliche Spitzenverdiener und Kapitaleinkünfte stärker als bislang in die Pflicht nimmt. Durch diese Mehreinnahmen und durch weitere Schritte beim Subventionsabbau und einer sozial ausgewogenen Konsolidierung des Haushalts wollen wir die Neuverschuldung nach den Regeln der Schuldenbremse zurückführen und die gesamtstaatliche Handlungsfähigkeit für mehr Investitionen in Bildung, Innovation, Energiewende und Infrastruktur sichern.

3. Bildung

Pakt für Bildung – gemeinsame Kraftanstrengung für bessere Kindergärten, Schulen und Hochschulen

Wir wollen, dass jedes Kind und jeder Jugendliche optimal gefördert wird und die beste Bildung erhält. Echter Fortschritt für ein leistungsfähigeres Bildungssystem kann nur gelingen mit einem gemeinsamen Kraftakt von Bund und Ländern für einen massiven Ausbau- und Qualitätsschub bei den Bildungsinfrastrukturen. Für einen echten Durchbruch in der Bildung brauchen wir einen Nationalen Bildungspakt von Bund und Ländern: Notwendig sind verbindliche Vereinbarungen zur Finanzierung sowie für Ausbau- und Qualitätsziele in allen Bildungsbereichen.

Frühe Förderung und Betreuungsausbau

Je früher Kinder individuell gefördert werden, desto größer sind die Chancen auf erfolgreiche Bildungsbiografien. Der Rechtsanspruch auf einen guten, ganztägigen Kitaplatz für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag muss Realität werden. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder und neue Freiheiten für die Eltern, um Beruf und Familie zu vereinbaren und aktiv am Erwerbsleben teilzuhaben, gehen Hand in Hand.

Masterplan Ganztagsschule 2020

Die Schule von morgen ist die gute Ganztagsschule. Wir wollen Schule zu einem gesellschaftlichen Ort machen – mit bester Förderung aller Schülerinnen und Schüler, guten Freizeitangeboten und hervorragend qualifizierten Pädagogen. Gute Ganztagsschulen schaffen Zeit und Raum, damit alle Kinder und Jugendlichen ihre Stärken und Begabungen, ihre Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft entwickeln, erproben und entfalten können.

Damit leisten Ganztagsschulen auch einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung von Bildungsarmut und zur Integration von Kindern aus Einwandererfamilien. Die Zeit ist reif: Deutschland braucht einen Masterplan Ganztagsschule als Gemeinschaftsprojekt von Bund, Ländern und Kommunen. Bis 2020 soll jedes Kind die Möglichkeit haben, eine Ganztagsschule zu besuchen. In einem ersten Ausbauschnitt wollen wir bis 2015 rund 7.000 zusätzliche Ganztagsschulen erreichen. Der Bund muss für dafür zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Mrd. Euro zur Verfügung stellen.

Gute Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Der Übergang von wissenschaftlicher Qualifizierung zur wissenschaftlichen Karriere ist ein Flaschenhals, der von unsicheren Beschäftigungsbedingungen und ungewissen Zukunftsaussichten gekennzeichnet ist. Auf Kettenbefristungen kann und will niemand seine Zukunft bauen. Dabei fällt der Übergang zwischen Studium und Hochschulkarriere genau in die Zeit, in der Entscheidungen über berufliche und familiäre Weichenstellungen getroffen werden. Wenn wir die besten Köpfe nicht nur ausbilden, sondern auch in Deutschland halten wollen, müssen wir ihnen und ihren Familien klare, verlässliche und attraktive Lebens- und Arbeitsperspektiven bieten. Dazu müssen wir das Angebot an unbefristeten Mittelbaustellen wieder ausbauen, den „tenure track“ stärken und mit einem zweiten Juniorprofessuren-Programm die jungen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen früher für Forschung und Lehre gewinnen.

Bildungsfinanzierung sichern

Ohne einen Durchbruch in der Finanzierungsfrage werden wir den notwendigen Qualitäts- und Ausbauschub im Bildungswesen nicht bewerkstelligen. Das Ziel, spätestens ab 2015 mindestens sieben Prozent unseres BIP in Bildung zu investieren, muss endlich substanziell unterlegt werden. Notwendig sind mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich für Bildung. Der Bund muss davon die Hälfte übernehmen.

4. Integration

Gleiche Rechte und volle Partizipation

Wir stehen zu einer weltoffenen Gesellschaft, die unterschiedliche Lebenskonzepte, Traditionen und Erfahrungen achtet. Für uns gilt: Wer bei uns lebt, gehört zu uns. Wer zu uns gehört, soll mitbestimmen und teilhaben können. Aber wer bei uns lebt, muss sich auch an die Gesetze halten. Eine zeitgemäße Integrationspolitik eröffnet Perspektiven, artikuliert aber auch Erwartungen. Die von uns eingeführten Integrationskurse müssen so finanziert werden, dass niemand warten muss. Perspektiven schaffen bedeutet auch: langfristige Aufenthaltssicherheit geben. Und wer lange rechtmäßig hier lebt, für den muss die Einbürgerung erleichtert werden. Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren wurden, sollen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden müssen, sobald sie erwachsen werden. Für sie möchten wir die doppelte Staatsangehörigkeit zulassen. Dadurch erhalten sie auch das volle Wahlrecht.

Gleiche Chancen

Wo Integration gelingt, haben alle Menschen gleiche Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft. Bildung und Sprache sind der Schlüssel für erfolgreiche Integration. Wir wollen eine durchgängige Sprachförderung, die in Krippe und Kindertagesstätten beginnt und sich in Schule und Berufsschule fortsetzt. Wir brauchen mehr interkulturell geschulte Pädagoginnen und Pädagogen sowie Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in Kitas und Ganztagschulen, die auf die Kinder individuell eingehen und sie gezielt fördern können. Als ersten Schritt fordern wir ein Programm Schulsozialarbeit. Bis 2015 wollen wir an jeder Schule eine/n Schulsozialarbeiter/in etablieren.

Einstieg in Arbeit

Integration in Arbeit ist eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Integration. Menschen mit Migrationshintergrund sind am Arbeitsmarkt immer noch benachteiligt. Wertvolle Potenziale werden dadurch verschenkt. Wir wollen Hürden abbauen und Türen öffnen. Niemand soll in Zukunft unter seiner Qualifikation beschäftigt sein müssen. Ein Gesetz zur besseren Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse ist überfällig. Ein solches Anerkennungsgesetz muss einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren und eine Entscheidung nach bundeseinheitlichen Kriterien innerhalb von drei Monaten garantieren. Außerdem brauchen wir eine speziell auf die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnittene Vermittlung in den Arbeitsagenturen. Dafür sind Arbeitsvermittler mit interkultureller Qualifikation beziehungsweise mit Migrationshintergrund nötig. Mit einem Förderprogramm „Zweite Chance“ wollen wir allen jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss das Recht geben, den Abschluss mit öffentlicher Förderung nachzuholen.

.....

5. Energie- und Ressourcenpolitik

Energie von morgen: nachhaltig, bezahlbar, sicher

Zum Schutz des Klimas und um die Nachhaltigkeit unseres Wirtschafts- und Wohlstandsmodells zu erreichen, müssen wir im kommenden Jahrzehnt eine große Etappe auf dem Weg in die CO₂-freie Energieversorgung zurücklegen. Wir kämpfen mit allen politischen und rechtlichen Mitteln für die Beibehaltung des Atomausstiegs. Modernisierte Stein- und Braunkohlekraftwerke bilden eine Brücke, verlieren jedoch an Bedeutung. Gaskraftwerke spielen aufgrund flexibler Regelbarkeit für den Zubau alternativer Energieträger eine besondere Rolle. Unsere Energiestrategie verbindet Einsparung und Effizienz mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir wollen die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 mindestens verdoppeln. Wir wollen, dass bis dahin Kraft-Wärme-Kopplung ein Viertel des Stromverbrauchs deckt. Erneuerbare Energien sollen mindestens 35 Prozent der Stromversorgung sichern. Wir entwickeln ein Konzept von ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, Förderanreizen und öffentlichen Investitionen, um diese Ziele zu erreichen. Dabei stellen wir sicher, dass die Frage der Energiekosten nicht zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft führt. Wir wollen einen energiepolitischen Lastenausgleich, der Energieproduzenten und Energiehändler einbezieht und finanzschwache Haushalte unterstützt, etwa durch einen Energieeffizienzfonds.

Ressourceneffizienz und Rohstoffsicherung

Industriepolitik in der Energiewende muss die Effizienzsteigerung als Dreh- und Angelpunkt künftiger Wettbewerbsfähigkeit begreifen. Wir wollen die höhere wirtschaftliche Wertschöpfung weitestgehend von der Zunahme des Rohstoffverbrauchs entkoppeln. Im „Deutschlandplan“ haben wir uns das Ziel gesetzt, unser Land zum globalen Innovationsführer für effiziente Produktion, „grüne“ Technologien und Dienstleistungen zu machen. Wir entwickeln die ökologische Industriepolitik weiter und wollen die gesamte Breite des Maschinen-, Fahrzeug- und Anlagenbaus, der chemischen Industrie, aber auch der produktionsnahen Software zur Effizienzsteuerung von Verfahren einbeziehen. Effizienter Einsatz von Rohstoffen bedeutet auch größere Unabhängigkeit von Verknappungen und spekulativ getriebenen Preissteigerungen. Wir erarbeiten ein Rohstoffsicherungskonzept, das internationale Verhandlungen und Vereinbarungen einbezieht. Eine globale Energie- und Rohstoffsicherheitspolitik muss darauf achten, die Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern auszubalancieren, um der Zuspitzung von Verteilungskonflikten oder gar militärischen Konfrontationen vorzubeugen.

6. Neue Ordnung für Arbeit

Allianz für Fachkräfte

Um die Fachkräftebasis unserer Volkswirtschaft zu sichern, wollen wir eine Fachkräfteallianz für Deutschland ins Leben rufen, an der die Spitzenverbände der Wirtschaft, Gewerkschaften, die Bundesagentur für Arbeit, die Regierungen von Bund und Ländern sowie die kommunalen Spitzenverbände beteiligt werden. Ziel ist es, auf der Grundlage eines systematischen Fachkräftemonitorings strategische Ziele zu definieren und durch gezielte Maßnahmen umzusetzen. Bereits kurzfristig brauchen wir abgestimmte Fachkräfteoffensiven in Berufsfeldern, in denen ohne vorbeugendes Handeln absehbar ein akuter Fachkräftemangel droht. Mit gezielten Aktionsprogrammen wollen wir den Fachkräftebedarf bei den MINT-Berufen (Mathematik, Ingenieure, Naturwissenschaftlich-technische Berufe), im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung sowie bei den Sozial- und Gesundheitsberufen decken.

Kreativpakt

Die Kreativwirtschaft gehört zu den bedeutenden Beschäftigungstreibern im Feld neuer Dienstleistungen. Sie ist allerdings in besonderer Weise betroffen von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von Solo-Selbstständigkeit, Lohndruck und schlechter sozialer Absicherung. Mit einem Kreativpakt, der Anbieter und Verwerter kreativer Dienstleistungen einbezieht, wollen wir Urheberrechte stärken, Entlohnung verbessern und soziale Sicherheit in einem von Flexibilität und Offenheit geprägten Berufsfeld ermöglichen.

Das Projekt Einstieg und Aufstieg

Junge Menschen brauchen einen guten Start ins Berufsleben. Niemand darf ohne Ausbildung bleiben. Wir wollen eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen, die spätestens drei Jahre nach ihrem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Auch prekäre Berufseinstiege von jungen Erwachsenen mit abgeschlossener Ausbildung über Praktika oder befristete Arbeitsverträge müssen beendet werden. Unser Ziel ist es, den Berufseinstieg über gesicherte, ordentlich bezahlte und unbefristete Arbeitsverhältnisse zum Normalfall zu machen. Wir wollen einen guten Berufseinstieg als Grundlage für beruflichen Aufstieg.

Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsvermittlung

Ohne erhebliche Anstrengungen in der Qualifizierungspolitik droht ein gespaltener Arbeitsmarkt – mit hoher Sockelarbeitslosigkeit einerseits und Fachkräftemangel andererseits. Kern unserer Strategie für Vollbeschäftigung ist es, verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen und das Abgleiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Dafür ist eine leistungsfähige Arbeitsvermittlung mit engagierten und qualifizierten Vermittlerinnen und Vermittlern und einem guten Betreuungsschlüssel unverzichtbar. Ziel muss es sein, dass ein Arbeitsvermittler maximal 75 Arbeitssuchende betreut. Die Arbeitslosenversicherung muss zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden, die die Beschäftigungsfähigkeit sowohl für Arbeitssuchende als auch für unzureichend qualifizierte Erwerbstätige verbessert. Zentrales Ele-

ment muss ein Recht auf Bildung und Weiterbildung sein. Dazu gehört ein Anspruch auf Beratung über den Qualifikationsbedarf sowie die Freistellung für Weiterbildung und Qualifizierung.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Leistung muss sich lohnen. Wenn die Arbeitsleistung nicht im Verhältnis zum Lohn steht oder gleiche Arbeit ungleich vergütet wird, dann ist das nicht nur ungerecht, sondern leistungsfeindlich und ökonomisch unvernünftig. Deshalb muss der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Realität werden. Das gilt insbesondere im Verhältnis von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern zu ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Stammbesellschaft sowie für die Gleichstellung von Männern und Frauen im Beruf.

Tarifstrukturen stärken

Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, den Grundsatz der Tarifeinheit zu kippen, muss die Tarifeinheit gesetzlich geregelt werden, um sie für die Zukunft zu erhalten. Die Zersplitterung des Tarifvertragssystems mit einer Spaltung der Belegschaften und einer Vervielfachung der Arbeitskonflikte darf nicht zugelassen werden. Deshalb stimmen wir der gemeinsamen Forderung von Gewerkschaften und Arbeitgebern nach einer gesetzlichen Grundlage für die Tarifeinheit zu.

Der gesetzliche Mindestlohn

Wer Vollzeit arbeitet muss davon ordentlich leben können. Das Lohnabstandsgebot zwischen den Einkünften der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Regelsätzen im Arbeitslosengeld II muss durch ausreichende Löhne hergestellt werden. Mindestlöhne leisten einen Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage und stärken die Finanzbasis der sozialen Sicherungssysteme. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro ist überfällig.

Zeitpolitik

Die zunehmende Beschleunigung und Ökonomisierung von immer mehr Lebensbereichen belastet die Menschen. Teil eines neuen Fortschritts für mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit muss es sein, die Autonomie des Einzelnen über seine Zeit wieder zu stärken. Gute Rahmenbedingungen für eine größere Zeitsouveränität der Menschen, eine bessere Balance von Leben und Arbeiten sowie mehr Zeitgerechtigkeit in der Gesellschaft sind eine politische Gestaltungsaufgabe.

Zu einem Konzept der Zeitpolitik gehört, die Chancen der Arbeitszeitflexibilisierung für die Zeitaufonomie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu nutzen, aber gleichzeitig die Risiken der Beschleunigung und Flexibilisierung von Arbeit und Arbeitszeit zu minimieren. Besonders kümmern wollen wir uns um diejenigen, die in der so genannten „rush hour des Lebens“ stecken und im Alter zwischen 25 und 40 Jahren gleichzeitig berufliche Karriere, Familiengründung und möglicherweise Pflege von Angehörigen bewältigen müssen.

7. Gesundheit und Pflege

Das unterschätzte Beschäftigungspotenzial

Schon 2005 gab es 2,4 Millionen Beschäftigte in den Gesundheitsberufen ohne Approbation, davon mehr als 1,3 Millionen in den Pflegeberufen, zu 84 Prozent Frauen. Der Bedarf an Gesundheitsdienstleistungen steigt durch die zunehmende Zahl von älteren und hochbetagten Menschen an. In den nächsten zehn Jahren wird er bei annähernd 3 Millionen Erwerbstätigen liegen.

Die Bürgerversicherung: Solidarische Finanzierung ist stabile Finanzierung

Um den Bedarf an diesen Dienstleistungen zu decken und das Beschäftigungspotenzial zu erschließen, brauchen wir eine stabile Finanzierung. Wir entwickeln die Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege. Sie bietet allen Bürgerinnen und Bürgern eine gute Versorgung. Sie verbreitert die Solidarität bei der Finanzierung. Sie sorgt für einen Ausgleich der Lasten nach dem Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.

Fachkräfte für die Pflege sichern

In der Alten- und Krankenpflege baut sich ein Personalmangel auf. Er wird, wenn wir nichts tun, in den kommenden zehn Jahren auf nahezu 200.000 Pflegevollkräfte anwachsen. Heute wechselt jeder vierte in einem Pflegeberuf Ausgebildete in weniger anstrengende und besser bezahlte Berufe. Jeder Zweite im Pflegeberuf ist geringfügig und in Teilzeit beschäftigt. In Vollzeit liegt für einen Pflegehelfer das durchschnittliche Einstiegsgehalt bei 1.700 Euro, für geprüfte Pflegefachkräfte bei 2.000 Euro brutto. Pflegeberufe müssen attraktiver und besser bezahlt werden. Wir arbeiten an einem Pflegekonzept, das den Fachkräftebedarf sichert, die Qualität der Pflege und die Arbeitsbedingungen verbessert.

.....

8. Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft

Erwerbsbeteiligung und gute Arbeit

Der Zugang von Frauen zu Führungspositionen und Existenz sichernder Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Schritt auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Die Erwerbstätigenquote von Frauen lag 2008 mit 64 Prozent immer noch weit hinter der von Männern (76 Prozent) und deutlich unter der Quote in anderen Ländern (z.B. Schweden: 73 Prozent, Niederlande: 70 Prozent, Finnland: 69 Prozent). Der Blick auf die Quote reicht jedoch nicht: Wir müssen auch sehen, wo Frauen beschäftigt sind und zu welchen Bedingungen. Frauen sind zu über 80 Prozent in Teilzeit beschäftigt, sie haben mit fast 10 Prozent eine überdurchschnittlich hohe Befristungsquote. In bislang typisch weiblichen Berufen wie Pflege, Friseurhandwerk, Reinigungsgewerbe, Hotellerie oder Einzelhandel werden zu 60-80 Prozent Niedriglöhne gezahlt.

Die Prekarisierung der Arbeit trifft vor allem Frauen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, Löhne und Aufstiegschancen zu verbessern, ist unser Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir gesetzliche Regelungen. Freiwillige Lösungen reichen nicht aus.

Gleichbehandlung heißt gleiche Bezahlung

Faire und gleiche Löhne sind eine wesentliche Voraussetzung für eine gerechte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben. Frauen erhalten im Schnitt immer noch 23 Prozent weniger Lohn als Männer. Selbst bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleichem Beruf und im gleichen Betrieb beträgt der Unterschied ganze 12 Prozent. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit“ muss Realität werden. Wir werden konkrete Vorschläge vorlegen, wie dies gesetzlich verwirklicht werden kann.

Eine gesetzliche Quote für Führungspositionen

Gleichberechtigung bedeutet auch Chancengleichheit bei der Besetzung von Leitungsfunktionen. Wir fordern eine gesetzliche Quote für die Besetzung von Aussichtsräten mit Frauen und den Einstieg in die Quotierung im Vorstandsbereich. Diese sollte mindestens 40 Prozent betragen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine zentrale Voraussetzung für die Gleichstellung von Frauen in Wirtschaft und Arbeit ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Erst wenn für alle Kinder ein ganztägiger Kita- bzw. Schulbesuch möglich ist, haben Männer wie Frauen – und nicht zuletzt auch Alleinerziehende – die erforderlichen Freiräume, in gleicher Weise für einen guten Lebensunterhalt ihrer Familien durch eigene Arbeit zu sorgen.

9. Beschäftigung Älterer

Voraussetzungen für ein längeres Arbeitsleben schaffen

Ein längeres Erwerbsleben in guter Arbeit verbessert die soziale und materielle Teilhabe in unserer Gesellschaft. Ein längeres Arbeitsleben ist überdies erforderlich aufgrund gestiegener Lebenserwartung und Verschiebungen im Altersaufbau unserer Gesellschaft, einschließlich eines Rückgangs der Zahl der Erwerbspersonen. Heute noch werden Ältere zu häufig aus dem Beruf gedrängt und sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über 60 Jahren betrug im Jahr 2009 nur 23,4 Prozent. Wir entwickeln eine Beschäftigungsstrategie für Ältere. Gute Arbeit, Gesundheitsschutz, ein Recht auf Weiterbildung, aktive Arbeitsmarktpolitik und ein alterssensibles Personalmanagement fördern die Beschäftigungsfähigkeit und die Teilhabe. Erfahrene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden gebraucht, um unseren Bedarf an Fachkräften zu sichern.

Flexible Übergänge in den Ruhestand

Zugleich wollen wir in der letzten Phase des Erwerbslebens einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Die geförderte Altersteilzeit und die Teilrente einschließlich tarifvertraglicher Modelle sind Ansatzpunkte. Wir erarbeiten ein Konzept zur Zukunft der Alterssicherung und zum Schutz vor Altersarmut.

.....

10. Regeln für die Finanzmärkte

Ausweg aus der Euro-Krise – auf dem Weg zur politischen Union

Die Bundesregierung hat durch unklare Lavieren, zweideutige Signale und Bevormundung von EU-Partnern zugelassen, dass sich die Euro-Krise stetig verschärft und zu einer Krise der Europäischen Union zugespitzt hat. Wir brauchen in dieser Situation eine klare politische Initiative der europäischen Solidarität. Europa muss weg von Fall-zu-Fall-Entscheidungen, die sich vom Druck der Märkte treiben lassen. Einzelne Instrumente werden isoliert keinen Erfolg haben. Stattdessen gilt es, mit einem mutigen Schritt nach vorn die Schwelle zur politischen Union zu überschreiten. Wir wollen für eine nachhaltige Stabilisierung des Euro-Raums eine Beteiligung der Finanzbranche und der Gläubiger. Hinzu kommen muss die umfassende Garantie der Schulden aller Euro-Länder. Schließlich müssen wir die finanzielle und wirtschaftliche Koordinierung verstärken und insbesondere zu gemeinsamen Bemessungsgrundlagen und Mindestsätzen der Unternehmensbesteuerung kommen. In diesem Konzept können dann gemeinsame europäische Anleihen sinnvoll sein, die eine Kreditaufnahme der Euro-Staaten bis an die Grenze der Stabilitätskriterien abdecken. Diese Maßnahmen müssen flankiert werden durch eine Initiative zur Stärkung der politischen Entscheidungsstrukturen der EU.

Kein Markt, kein Produkt, kein Akteur ohne Aufsicht

Funktionsfähige Finanzmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die schwerste Banken- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte hat gezeigt, dass die Finanzmärkte reformiert und neu geordnet werden müssen. Die Gier nach kurzfristigen Profiten ging mit einer immer größeren Risikobereitschaft einher und hat maßgeblich zur Krise beigetragen. Für uns steht fest: Die Finanzmärkte müssen der Realwirtschaft und dem Wohlstand dienen. Deshalb müssen die Finanzmärkte stabilisiert und in ihrer Funktionsfähigkeit zur Erfüllung ihrer realwirtschaftlichen Aufgaben gestärkt werden. Risikoreiche und realwirtschaftlich nutzlose Spekulationsgeschäfte müssen beschränkt bzw. verboten werden. Kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt darf unreguliert bleiben. Unser Ziel sind seriöse, nachhaltig funktionierende Finanzmärkte, die wieder ihre ureigenste Aufgabe erfüllen, nämlich Konsumenten und Wirtschaft mit soliden Finanzierungen zu versorgen und ihnen transparente Anlagemöglichkeiten zu bieten.

Risiken zielgerichtet begrenzen

Wir setzen uns für eine strengere Regulierung und eine effektivere Finanzaufsicht ein. Nationale und europäische Aufsicht müssen verzahnt werden. Die Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken müssen verschärft werden, ebenso für Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds. Derivate dürfen nur noch über Börsen bzw. regulierte Gegenparteien gehandelt werden. Um die Markttransparenz zu stärken, müssen sämtliche Handelstransaktionen an zentrale Kreditregister gemeldet werden.

Anreiz- und Vergütungssysteme anpassen

Ein ganz wesentlicher Schritt zur Risikobegrenzung besteht in der Ausrichtung der Anreiz- und Vergütungssysteme der handelnden Manager auf mehr Nachhaltigkeit statt auf schnellen Profit. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen nicht aus. Vorstandsvergütungen und -abfindungen sollen oberhalb von einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich absetzbar sein.

Erfolgsabhängige Bonuszahlungen sollen künftig mehrjährige Bezugszeiträume haben und erst am Ende dieser Periode ausgezahlt werden dürfen.

Umsatzsteuer für die Finanzindustrie: Die Finanztransaktionssteuer

Die Finanzmarktakteure müssen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben angemessen beteiligt werden. Analog zur Umsatzsteuer in der Realwirtschaft brauchen wir dafür eine Finanztransaktionssteuer. Sie verteuert kurzfristige Spekulationen und erzielt wichtige Einnahmen für die öffentliche Hand, die für gezielte Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden können.

Anlegerinnen und Anleger schützen

Anlegerinnen und Anleger müssen durch mehr Transparenz geschützt werden. Die Risiken und Auswirkungen von Finanzprodukten müssen dokumentiert und überprüft werden. Die Verantwortung und Haftung von Beratern und Vermittlern von Finanzprodukten muss verstärkt werden.

.....

III. Unser Land morgen

Nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten, besser leben – was wir bis 2020 erreichen können

Arbeit in moderner Industrie und neuen Dienstleistungen

Deutschland wird zu einer modernen Arbeitsgesellschaft. Der Produktionsstandort geht gestärkt aus der energetischen und ökologischen Modernisierung hervor. Energieeinsparung verbessert die Kostenstruktur der Unternehmen. Von der Effizienzrendite profitieren auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Die Einführung einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege hat zu einem Schub neuer und besserer Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft und in den Pflegedienstleistungen geführt. Die Arbeit, die Menschen für Menschen leisten, ist besser ausgebildet, besser bezahlt und genießt höheres gesellschaftliches Ansehen. Im Osten Deutschlands entwickeln sich Gewerbe und Dienstleistungen zu neuen Leuchttürmen. Lebensqualität wird zum besonderen Markenzeichen der neuen Bundesländer.

Deutschland erreicht Vollbeschäftigung

Wir können die Arbeitslosigkeit auf eine Quote unter 4 Prozent senken. Der Wechsel von einem Arbeitsplatz in den nächsten wird leichter, die Verweildauer in Arbeitslosigkeit wird kürzer und in der Regel genutzt, um zusätzliche Qualifikationen zu erwerben. Die Nachfrage nach Fachkräften führt zu besseren Lohnabschlüssen. Berufseinsteiger erhalten faire, immer mehr auch unbefristete Arbeitsverträge. Ältere bleiben länger im Beruf und erreichen gesünder den Ruhestand. Ein sozialer Arbeitsmarkt integriert Menschen mit Handicap und gesundheitlichen Einschränkungen.

Mehr Gerechtigkeit durch bessere Löhne und faire Einkommensverteilung

Die Lohnentwicklung des vergangenen Jahrzehnts kehrt sich um. Produktivitätsorientierte Lohnabschlüsse und starke Tarifparteien führen zu einer spürbaren Steigerung der Reallöhne. Die Arbeitnehmermitte wird wieder breiter und stabiler. Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und eine gezielte Entlastung geringer Einkommen ist das Strukturproblem der überproportionalen Belastung unterer Einkommensgruppen mit Sozialabgaben gelöst worden. Wohlhabende tragen über einen höheren Spitzensteuersatz mehr zur gesellschaftlichen Solidarität bei. Durch die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer und die Anhebung der Abgeltungssteuer wird Kapital stärker zur Finanzierung des Staates herangezogen. Dieser neue Lastenausgleich stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und erleichtert die Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Für jedes Kind einen Kita- und Ganztagschulplatz

Wir können jedem Kind in Deutschland den Besuch einer Kita und einer Ganztagschule ermöglichen. Die Bedeutung der Schule verändert sich dabei grundlegend. Sie wird zu einem Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In Ganztagschulen gibt es mehr Zeit für Bildung und Förderung, für sprachliche, kulturelle und soziale Integration, vernetzt mit Sportvereinen und privaten Kulturinitiativen. Die Ganztagschule ist mehr als eine bauliche Investition, sie wird vor allem auch personell und pädagogisch besser ausgestattet sein. Vor allem für Frauen ermöglicht sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Frauen und Männer leben und arbeiten gleichberechtigt

Wir können die volle Gleichstellung von Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft erreichen. Die Arbeit von Frauen ist sicherer und wird im Durchschnitt genauso so gut bezahlt wie die der Männer. Teilzeit wird zur freiwilligen Entscheidung von Frauen und Männern, zum Beispiel um Leben und Arbeiten in die Balance und Phasen familiärer Pflichten wie die Erziehung von Kindern oder die Betreuung von älteren Angehörigen besser mit dem Beruf in Einklang zu bringen. Die Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung bleibt jederzeit offen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen entspricht derjenigen der Männer. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen entspricht ihrem Anteil an der Bevölkerung. An der Spitze vieler innovativer DAX-Unternehmen stehen Frauen und repräsentieren das moderne ‚Made in Germany‘.

Gleiche Chancen für Einwanderer

Einwanderer und ihre Kinder finden schneller den Weg in die Mitte der Gesellschaft. Dadurch erhöht sich die soziale Mobilität des Landes und fällt nicht mehr hinter den Durchschnitt der OECD-Länder zurück. Überall in Deutschland gibt es genügend Angebote für eine frühkindliche Förderung in Kitas und Kindergärten, die wahlweise auch ganztägig zur Verfügung stehen. Sprachförderung wird zur Regel. Die Betreuungsquote der Kinder aus Einwandererfamilien erreicht die Quote der ansässigen deutschen Bevölkerung, ebenso die Quote derer, die einen Schulabschluss machen und erfolgreich eine Ausbildung abschließen. Mehr Einwanderer studieren, und wer aus dem Ausland an eine deutsche Universität kommt und seinen Abschluss macht, bleibt öfter im Land, um hier seine Zukunft zu suchen. Die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft hat eine Trendumkehr bei Einbürgerungszahlen gefördert. Mehr Menschen wollen deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden. Deutschland hat eine Elite in Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Medien und Kultur, die die Vielfalt ihrer Herkunft spiegelt.

Der sozialdemokratische Weg der Globalisierung

Eine starke Demokratie

Wir können im vor uns liegenden Jahrzehnt die Demokratie stärken. Trotz aller zunehmenden internationalen Verflechtung gehört dazu an erster Stelle die Wiederverankerung demokratischer Beteiligung in Bund, Ländern und Kommunen. Lobbyismus kann neuen Transparenzregeln unterworfen und Klientelpolitik wirksamer eingeschränkt werden. Die Bürgerinnen und Bürger gewinnen Vertrauen zurück und bei der Beteiligung an Wahlen auf allen föderalen Ebenen erreichen wir eine Trendumkehr. Es stellen sich wieder mehr Menschen zur Wahl und die Gruppe der Nichtwähler geht zurück. Die Stärke der Demokratie zeigt sich insbesondere bei größeren Infrastrukturprojekten, die in das Leben der Menschen eingreifen. Offenlegung von Kosten und Alternativen in öffentlichen Beteiligungsverfahren bringen einen Legitimitätsgewinn der repräsentativen Demokratie. Bei strittigen Großprojekten helfen Volksentscheide, einen Infrastrukturkonsens zu erreichen.

Ein politisch geeintes Europa

Europa steht an einer historischen Wegscheide. Es geht um die Fortsetzung der europäischen Einigung - oder den Rückfall in europäische Kleinstaaterei. Der Binnenmarkt und die gemeinsame Währung stehen in den nächsten Jahren vor einer großen Bewährungsprobe. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, auf welcher Seite wir stehen. Wir kämpfen für ein starkes, solidarisches Europa, eine stabile Währung, eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine Vertiefung der politischen Union. Der Euro-Raum einigt sich auf ein Stabilitätsregime, zu dem eine transparente und auf Schuldenabbau gerichtete Haushaltspolitik ebenso wie die stärkere Beteiligung von Finanzakteuren, Banken und Gläubigern an der Konsolidierung öffentlicher Haushalte gehört. Deutschland bringt seine Stabilitätskultur und sein Ansehen als vertrauenswürdiger Schuldner in den Euro-Raum ein. Es gewinnt auch durch die Wohlstands- und Wachstumsgewinne der Partner. Die EU etabliert eine gemeinsame Wirtschaftsregierung mit Mindestsätzen der Unternehmensbesteuerung, mit gemeinsamer Finanzmarktaufsicht und mit abgestimmter Investitions- und Konjunkturpolitik. Der Europäische Wirtschaftsraum vertritt seine Interessen im globalen Rahmen gemeinsam und steht für ein ökologisch nachhaltiges, auf sozialen Ausgleich und gerechte Teilhabe gerichtetes Wohlstandsmodell.

Frieden im Inneren und nach außen

Viele Staaten und Politiker weltweit orientieren sich an einer europäischen Idee der Globalisierung. Die indische Politikerin Sonia Gandhi bekannte sich dabei ausdrücklich zum sozialdemokratischen Weg. Sie prangerte ein korruptes Regiment der Milliardäre in ihrem eigenen Land an und warnte vor einem boomenden Wachstum mit dramatischer Ungleichheit. Es dürfe „keine Inseln des Wohlstands in einem Meer der Verelendung“ geben. Unser Deutschland ist dem sozialen Ausgleich und dem inneren Frieden verpflichtet. Wir arbeiten für ein Land, das in Europa und der Welt die Idee eines Fortschritts durch Gerechtigkeit entwickeln und befördern hilft.

.....